

Die amerikanischen Sanktionen gegen China und Pakistan wegen des "angeblichen Verkaufs von chinesischen Raketen an Pakistan" seien aus der Luft gegriffen - und möglicherweise sei Washington einer Falschinformation aufgesessen (XNA, 30.12.93).

Die amerikanischen Vorwürfe hatten vor allem Pakistan besonders getroffen, da das Land seit einigen Jahren ohnehin in Gefahr war, als ein Zentrum des Terrorismus und des Drogenschmuggels etikettiert zu werden. Beide Seiten versicherten in diesem Zusammenhang erneut, daß sie eine nuklearwaffenfreie Zone in Südasien befürworteten (XNA, 30.12.93).

Neben den Waffengeschäften kam es noch zur Unterzeichnung von fünf Kooperationsabkommen, nämlich (1) für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, (2) ein Notenaustausch über die Ausdehnung des Grenzhandelsabkommens, (3) ein Abkommen über internationalen Straßentransport, (4) ein Memorandum über die wissenschaftliche Zusammenarbeit in Bewässerungs-, Erosions- und Sedimentationsfragen und (5) ein Abkommen über die Errichtung einer Partnerschaft zwischen der Punjab-Provinz in Pakistan und der chinesischen Provinz Jiangsu (XNA, 29.12.93).

Unter dem Vorgänger-Ministerpräsidenten hatten bereits die beiden Hauptstädte Beijing und Islamabad Partnerschaftsbeziehungen miteinander geschlossen (XNA, 3.10.92).

Zum Schluß betonten beide Seiten erneut, daß die "äußerst konstruktiven Gespräche" ein weiterer Beweis dafür gewesen seien, daß es sich bei der chinesisch-pakistanischen Freundschaft um eine "All-Wetter-Beziehung" handle (XNA, 29.12.93). -we-

* (6)

Botschaft in Brunei eröffnet

Am 8. Dezember 1993 wurde die Botschaft der VRCh in Bandar Seri Begawan offiziell eröffnet, obwohl es diplomatische Beziehungen zwischen beiden Seiten bereits seit 1991 gegeben hat. Die diplomatischen Geschäfte waren durch die VR China aber bisher lediglich durch einen Chargé d'Affaires wahrgenommen worden. Nachdem im November 1993 Sultan Hassanal Bol-

kiah die VR China besucht hatte, wurde beschlossen, die diplomatischen Ränge anzuheben. (XNA, 9.12.93)

Brunei wurde 1981 aus britischer Vorkolonialherrschaft entlassen, erhielt sogleich die Mitgliedschaft in der ASEAN und beschloß 1991, sich bei der Anerkennung der VR China auf die Linie der anderen fünf Mitgliedern der ASEAN-Gruppe zu begeben.

Außenminister Qian Qichen hatte Brunei 1992 besucht.

1993 war ein Zivilflugabkommen zwischen beiden Seiten unterzeichnet worden, in dessen Gefolge die "Royal Brunei Airlines" einen regulären Flugdienst nach Beijing aufnahmen. -we-

Innenpolitik

* (7)

Muslimische Unruhen

Seit August 1993 ist es in zahlreichen von Muslimen bewohnten Regionen Westchinas zu Demonstrationen und Ausschreitungen gekommen. Betroffen von gewaltsamen Auseinandersetzungen waren besonders die Provinz Qinghai und die Autonome Region Xinjiang (auch "Sinkiang" bzw. "Ost-Turkestan").

Die Proteste waren durch ein im August in Chengdu (Provinz Sichuan) erschienenes Comic-Buch ausgelöst worden (das Buch soll ursprünglich in Taiwan veröffentlicht und "illegal" in Chengdu reproduziert worden sein), in dem ein betender Muslim neben einem Schwein abgebildet war. Diese Darstellung wurde von Muslimen weithin als Entwürdigung und Provokation verstanden und lieferte den Anlaß zu einer Entladung der seit Jahrzehnten schwelenden und in den letzten Jahren offenbar dramatisch zunehmenden Spannungen zwischen Muslimen und Han-Chinesen in den westlichen Gebieten des Landes.

Seit der Niederschlagung eines Aufstandes in Baren 1990 soll es in Xinjiang zu über einhundert antichinesischen Unruhen gekommen sein (ZM, 1991/7, S.11, und 1993/1, S.25). Die

Proteste richteten sich gegen Diskriminierung, Menschenrechtsverletzungen, Atomversuche, Kolonisierung und die militärische Besatzung in den muslimischen Stammgebieten. Unter anderem wurden ein Recht zur Bildung politischer Parteien, zur Aufstellung eigener bewaffneter Kräfte sowie die Unabhängigkeit Ost-Turkestans gefordert. Angriffe auf Gebäude von Verwaltungen, Parteiorganen, Polizei und Militär waren keine Seltenheit. In mehreren Orten der Region wurden Bombenattentate verübt (*Der Spiegel*, 1993/37, S.192-198). Diverse islamische Untergrundbewegungen, darunter eine "Partei Ost-Turkestans", sollen hinter den Anschlägen gestanden haben (SCMP, 18.10.93). Trotz einer massiven Verstärkung der Sicherheitskräfte und -kontrollen konnten die Behörden die Lage offenbar nicht in den Griff bekommen.

Anders als im Jahre 1990 (siehe C.a., 1990/4, S.263-264; 1990/6, S.425-426; 1990/9, S.699; FAZ, 18.9.93) fanden die schwersten Unruhen diesmal in der Provinz Qinghai statt. Im August beteiligten sich dort mehrere zehntausend Muslime an Demonstrationen gegen die Mißachtung ihrer Religion, wie sie in der Darstellung des Comic-Buches zum Ausdruck gebracht worden sei. Mehrere Teilnehmer sollen bei Zusammenstößen mit Sicherheitskräften getötet worden sein. In den folgenden Monaten wurden Demonstrationen von Muslimen auch aus der Autonomen Region Ningxia und den Provinzen Gansu, Shaanxi und Sichuan gemeldet (FAZ, 21.12.93; SCMP, 31.10.93).

Die Pekinger Zentrale reagierte auf die Unmutsäußerungen sofort, ließ das umstrittene Buch aus dem Verkehr ziehen, die Verlagsleitung umbesetzen und ersuchte die regionalen Führungen, vor Ort mit religiösen Führern in Kontakt zu treten. Die Eskalation der Demonstrationen konnte dadurch aber offenbar nicht verhindert werden.

Schwere gewaltsame Auseinandersetzungen ereigneten sich Anfang Oktober in Xining, der Hauptstadt der Provinz Qinghai (XNA, 15.10.93; ZM, 1993/12, S.18). Die Aktionen muslimischer Demonstranten - zeitweise sollen sich zehntausende beteiligt haben - waren bereits mehrere Wochen lang immer wieder aufgeflammt und wurden von einem "Muslimischen Komitee

Qinghais gegen die Entwürdigung (des Islams)" angeleitet. Nachdem es zu Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften gekommen war, verbarriadierten sich die Aktivisten dieser Bewegung in Moscheen (BR, 1993/44, S.6). Die Unruhen wurden schließlich am 7. Oktober durch den Einsatz von etwa 7.000 Mann starken Einheiten der Bewaffneten Volkspolizei und der Armee beendet, wobei es auf beiden Seiten Dutzende von Verletzten gab. Es kam zu zahlreichen Verhaftungen, jedoch konnte nur etwa die Hälfte der 33 Anführer der Bewegung festgenommen werden. Mehrere Aktivisten konnten sich dem Zugriff der Sicherheitskräfte rechtzeitig entziehen und aus der Stadt fliehen.

Die Unruhen blieben nicht auf Qinghai beschränkt. Zwischen dem 8. und 12. November soll es nach Informationen der Hongkonger Zeitschrift *Dongxiang* (Trends) in zwölf Städten und Kreisen Xinjiangs zu - teilweise koordinierten - Protestaktionen gekommen sein. Mehrere hundert Demonstranten veranstalteten in diesen Orten Protestmärsche und attackierten lokale Behörden. In einigen Fällen kam es auch zu Arbeiterprotesten und kurzlebigen Streiks. (DX 1993/12, S.18-19)

Staatspräsident und Parteichef Jiang Zemin stellte im Zusammenhang mit den Vorfällen klar, daß religiöse Aktivitäten nicht als Vorwand für Angriffe auf das sozialistische System und auf die Einheit Chinas dienen dürften. Illegale Aktivitäten müßten mit eiserner Hand verfolgt werden. Zugleich sollen die Sicherheitsorgane jedoch angewiesen worden sein, bei der Unterdrückung muslimischer Demonstrationen Blutvergießen zu vermeiden. Außerdem scheint die chinesische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu islamischen Staaten intensivieren zu wollen, um pan-islamischen, anti-chinesischen Strömungen entgegenzuwirken. (IHT, 8.11.93; FAZ, 21.12.93) Pekinger Sicherheitskreise gehen davon aus, daß "feindliche Kräfte aus dem Ausland" ihre Hände bei den Unruhen im Spiel hatten. Die Bewegung für die Unabhängigkeit Ost-Turkestans werde von der Türkei, von Kasachstan und von Afghanistan aus unterstützt, auch westliche Geheimdienste seien vermutlich in die Aktivitäten verwickelt. (SCMP, 6.12.93)

Die jüngsten Unruhen, die nach Einschätzung der Menschenrechtsorganisation "Asia Watch" die schwersten politischen Zwischenfälle in der VR China seit Juni 1989 darstellen (SCMP, 31.10.93), verdeutlichen, mit welchem Unruhepotential die chinesische Führung im Westen des Landes zu rechnen hat. Im Falle einer weiteren Schwächung der Pekinger Zentralgewalt - etwa im Zusammenhang mit einem Konflikt um die Nachfolge Deng Xiaopings - werden die Sezessionsbestrebungen mit hoher Wahrscheinlichkeit beträchtlichen Auftrieb erhalten. -hei-

*(8)

Feierlichkeiten und kritische Stimmen zu Maos 100. Geburtstag

Mit einem Staatsakt hat die politische Führung der Volksrepublik China am 26. Dezember den 100. Geburtstag des Revolutionsführers und Staatsgründers Mao Zedong begangen. Vor zehntausend Gästen in der Pekinger Großen Halle des Volkes beurteilte Jiang Zemin, Staatspräsident und Generalsekretär der Kommunistischen Partei, den 1976 verstorbenen Mao als großen Marxisten und Revolutionär, der das Land von Imperialismus und Feudalismus befreit und den Marxismus-Leninismus unter den besonderen Bedingungen Chinas fruchtbar gemacht habe.

Vor dem Hintergrund dieser Leistungen seien die Fehler, die Mao in seinen späten Lebensjahren begangen habe, zweitrangig; es seien die "Fehler eines großen Revolutionärs und großen Marxisten". Unter Berufung auf eine Stellungnahme Dengs sagte Jiang Zemin: "In vielerlei Hinsicht tun wir, was der Genosse Mao Zedong angeregt, aber nicht umgesetzt hat. Wir rücken das zurecht, was er falsch gemacht hat". Diesem Grundsatz werde man noch lange Zeit folgen können.

Abgesehen von solchen rhetorischen Bemühungen, eine Kontinuität zwischen der Entwicklung vor und nach Maos Tod herzustellen, machte Jiang Zemin deutlich, daß es Deng zu verdanken sei, das Land aus den katastrophalen Zuständen der Kulturrevolution (offizielle Datierung: 1966-76) herausgeführt zu haben. Deng habe eine eigene "Theorie über den Aufbau eines

Sozialismus chinesischer Prägung" entwickelt, die seit 1979 in die Praxis umgesetzt werde. Deng sei der Architekt eines Reformprogramms, das der Partei noch bis ins nächste Jahrhundert hinein die politische Richtung weisen werde.

Nicht nur Jiang Zemin, sondern auch zahllose Beiträge in den offiziellen Medien stellten das Gedenken Maos in den Dienst der aktuellen Politik: Die Wirtschaftsreformen und der Aufbau der "sozialistischen Marktwirtschaft" müßten beschleunigt werden. Dengs "Theorie" sei der Wegweiser in die Zukunft (vergleiche unter anderem: RMRB, 26./27.12.93).

Vor Beginn der offiziellen Feierlichkeiten waren im Auftrag des ZK-Hauptbüros seit September mehrere Umfragen durchgeführt worden, die die Beurteilung der historischen Leistungen Maos wie auch des um sich greifenden Kults um Mao und seiner Vermarktung als "Popstar" (siehe C.a., 1993/9, S.882-883; FAZ, 24.12.93) zum Gegenstand hatten. Sowohl unter Partei- und Verwaltungskadern als auch unter Intellektuellen und Studenten wurde eine überwiegend sehr negative Beurteilung ermittelt. Mehrheitlich stellten die Befragten fest, daß Maos politische Fehler schwerer als seine Leistungen wögen und daß der neue Mao-Kult abnorme Züge zeige. (ZM, 1993/12, S.8-10)

Nach Ansicht des Pekinger Kunstkritikers Li Xianting ist der Mao-Kult der letzten Jahre Ausdruck einer Nostalgie, die sich auf die einfacheren, übersichtlicheren Verhältnisse unter Mao richte. Andererseits drücke sich in dem Kult auch das Bedürfnis aus, durch die Beschwörung des "allerhöchsten kommunistischen Gottes der Vergangenheit" sich vom Leben und der Politik im gegenwärtigen China zu distanzieren. (AWSJ, 24/25.12.93)

Innerhalb der Partei und in einigen Provinzen kam es vereinzelt zu heftigen Auseinandersetzungen über die Bewertung Maos, da Vertreter orthodoxer Positionen dessen 100. Geburtstag dazu nutzen wollten, das Reformprogramm zu torpedieren (siehe C.a., 1993/10, S.992-993; ZM, 1994/1, S.9-11). In diesem Zusammenhang sollen monatlich bis zu 3500 Briefe beim ZK-Hauptbüro eingegangen sein, die ge-

gen eine Glorifizierung Maos protestierten. Auch hätten vierzig Veteranenkader und ZK-Mitglieder einen gemeinsamen Brief an die Parteiführung gerichtet und eine sachliche Bewertung Maos während der offiziellen Gedächtniszeremonien gefordert. Staatschef Jiang Zemin soll im Vorfeld der Feierlichkeiten zugestanden haben, daß beträchtliche Unstimmigkeiten in der Kommunistischen Partei im Hinblick auf die Einschätzung Maos existierten: Das Spektrum der Positionen reiche von vollständiger Ablehnung des Revolutionsführers bis zu weitgehender Identifizierung mit ihm. (ZM, 1993/12, 8-10)

Die offiziellen Huldigungen Maos hinterlassen einen üblen Nachgeschmack angesichts der historischen Tatsachen, die seit den achtziger Jahren bekanntgeworden sind. Unter Maos Führung sind zwischen 30 und 50 Millionen Chinesen politischen Verfolgungen und politisch verschuldeten Hungersnöten (wie etwa in den "Drei bitteren Jahren" nach 1959) zum Opfer gefallen. Deng Xiaopings China ist aus der Erfahrung und Ablehnung der Exzesse der maotistischen Periode hervorgegangen. Dennoch scheint die Erinnerung an Maos Verantwortung für die Missetaten jener Zeit im kollektiven Gedächtnis verblaßt zu sein: Am Diktator Mao ist offenbar weniger Blut kleben geblieben als etwa an Hitler und Stalin.

Es blieb einigen chinesischen Dissidenten vorbehalten, die historischen Vorgänge ins Gedächtnis zu rufen. Der erst kürzlich aus der Haft entlassene Wei Jingsheng (der prominenteste Oppositionelle der Bewegung an der Pekinger "Demokratiemauer" 1978-79) machte Mao verantwortlich für den Tod von Dutzenden von Millionen Chinesen und für die moralischen Verwüstungen in der chinesischen Gesellschaft. Keine Gewaltherrschaft in der chinesischen Geschichte habe das Volk in vergleichbarem Maße unterdrückt und manipuliert. Xu Liangying, ein Mitglied der Akademie der Wissenschaften, zog Parallelen zwischen Stalin und Mao und äußerte die Zuversicht, daß Mao in der chinesischen Geschichte genauso wenig einen ehrenhaften Platz einnehmen werde wie Stalin in der russischen. (IHT, 27.12.93; LM, 28.12.93) -hei-

*(9)

Die Ghostwriter Maos

Schon lange ist darüber spekuliert worden, wie viele seiner Schriften Mao überhaupt selbst verfaßt habe. Die an der Verfassung von Maos Werken beteiligten Veteranen Lu Dingyi (1906-) und Hu Qiaomu (1912-92) hatten seit den achtziger Jahren mehrfach parteiintern gefordert, die Urheberschaft der Schriften Maos zu klären. (AWSJ, 24./25.12.93)

Eine geheime Enquete-Kommission aus Mitgliedern der Zentralen Parteischule sowie der Forschungsstellen für Parteidokumente bzw. für Parteigeschichte beim Zentralkomitee (ZK) der Kommunistischen Partei hat sich in den letzten fünf Jahren dieser Frage gewidmet. Eine Hongkonger Zeitschrift, die offenbar über Informanten in der Umgebung des ZK-Hauptbüros verfügt, führte kürzlich einige Ergebnisse dieser Untersuchungen auf. (ZM, 1993/12, S.11-12)

Nach den von der Enquete-Kommission vorgelegten Berichten sind unter den mehr als 470 Mao zugerechneten Schriften (Reden, Arbeitsberichte, Aufsätze, Kommentare etc.) mehr als 250 nicht von ihm selbst verfaßt worden. In den meisten Fällen habe Mao nur zustimmende Randbemerkungen zu ihm vorgelegten Entwürfen gemacht und anschließend seinen Namenszug unter das Papier gesetzt. Unter den etwa 120 Schriften aus der Zeit vor der kommunistischen Machtübernahme, die sich mit militärischen Fragen beschäftigen, sollen gar nur zwölf aus Maos eigener Feder stammen.

Nach 1949 hätten insbesondere Chen Boda, Kang Sheng, Ai Siqi, Lu Dingyi, Hu Qiaomu und Deng Liqun als Maos Ghostwriter fungiert. Auch die "Drei ständig zu lesenden Schriften" Maos (*lao sanpian*: "Dem Volke dienen"; "Yu Gong versetzt Berge"; "Dem Gedenken Bethunes") seien von seinem damaligen politischen Privatsekretär Hu Qiaomu verfaßt worden, Mao habe nur an fünf Stellen Veränderungsvorschläge eingebracht. Die Autorenschaft der als besonders wertvolle Beiträge Maos zur marxistischen Philosophie eingeschätzten Werke "Über die Praxis" und "Über den Widerspruch" konnte von der Kommission offenbar nicht ab-

schließend geklärt werden, da die Originalmanuskripte nicht mehr auffindbar gewesen seien. Schon 1948 hätten Li Lisan und Liu Shaoqi behauptet, die beiden Werke seien von einem Autorenkollektiv führender Mitglieder der KPCh verfaßt worden (unter anderem von Zhang Wentian und Chen Boda). Mao habe für die Endfassung eine Reihe von Ergänzungen vorgeschlagen, und die Parteiführung habe die Schrift dann unter seinem Namen veröffentlicht lassen.

Auch die Urheberschaft der Mao zugeschriebenen Gedichte, die in China und unter westlichen Intellektuellen sein schmeichelhaftes Image als feinsinniger Revolutionsführer begründeten, bleibt in vielen Fällen umstritten. Die Kommission hat genauere Nachforschungen über 43 Gedichte angestellt und auch Expertisen von Gelehrten aus China, Japan, Singapur und Taiwan herangezogen. Es müsse angenommen werden, daß Mao sich in vielen seiner Gedichte stark an zum Teil unveröffentlichte Werke anderer Autoren angelehnt oder auch ganze Passagen übernommen habe. Außerdem seien die von ihm verfaßten Verse häufig durch professionelle Dichter überarbeitet worden. Der Schriftsteller Mao Dun habe auf diese Tatsachen vor seinem Tod in der Kulturrevolution wiederholt hingewiesen.

Diese Enthüllungen werfen zwar kein gutes Licht auf die schriftstellerische Kreativität Maos. Sie berühren jedoch kaum die von der nachmaotistischen Führung etablierte Definition der "Mao-Zedong-Gedanken", die der Urheberschaft seiner Werke durchaus gerecht wird: sie seien eine "Kristallisation der kollektiven Weisheit der Kommunistischen Partei" und gingen insofern über Maos individuelle politische Positionen hinaus. -hei-

*(10)

Gesundheitszustand Deng Xiaopings und Chen Yuns

Den zwei mächtigsten Männern in der chinesischen Führung, Deng Xiaoping (Jahrgang 1904) und Chen Yun (1905), geht es nicht gut. Ihr Gesundheitszustand und die Reihenfolge ihres Ablebens ist Gegenstand lebhafter Diskussionen, nachdem beide seit längerer Zeit nicht mehr öffentlich aufgetreten sind.

Der Schwiegersohn Deng Xiaopings stellte Anfang Dezember gegenüber einer Peking-freundlichen Hongkonger Zeitung fest, daß der 89jährige Deng sich bei sehr guter Gesundheit befinde und sich zu Hause (also nicht in einem Krankenhaus) aufhalte. Kürzlich habe er die neugebaute Autobahn zum Peking internationalen Flughafen inspiziert (DGB, 4.12.1993). Bilder dieser Besichtigungstour sind jedoch weder in chinesischen Zeitungen noch im Fernsehen gezeigt worden. Pekinger Quellen gaben ferner an, daß Deng im Dezember bei den Wahlen zu den lokalen Volkskongressen seine Stimme abgegeben habe (RMRB, 23.12.93), jedoch wurde kein Bild veröffentlicht. Auch bei den Feierlichkeiten zu Maos 100. Geburtstag ließ sich Deng nicht sehen. Zuletzt ist Deng im Januar 1993 in Shanghai öffentlich aufgetreten, als sich eine starke Verschlechterung seiner Bewegungs- und Artikulationsfähigkeit feststellen ließ.

Chen Yun, der orthodoxen Positionen zuneigt und nach Deng über den größten Einfluß in der politischen Führung verfügt, ist nach Meldungen einer Hongkonger Zeitschrift im November an einer akuten Lungenentzündung erkrankt und mußte in seinem Refugium am Hangzhouer Westsee von Lungenspezialisten versorgt werden. Chen Yun kann sich nur noch im Rollstuhl fortbewegen, soll jedoch weiterhin politisch aktiv sein und an seinen Memoiren arbeiten. (ZM, 1993/12, S.18)

Für die weitere politische Entwicklung in China kann es von großer Bedeutung sein, in welcher Reihenfolge die beiden Parteiveteranen abtreten. Im Falle eines frühen Todes von Chen Yun ist mit einer Stabilisierung der Position der reformorientierten Kräfte in der Zentrale zu rechnen. Ein vorzeitiges Ableben Dengs könnte hingegen zu einer Drosselung des Programms der "sozialistischen Marktwirtschaft" durch Chen Yun und andere orthodoxe Mitglieder der Parteispitze führen. -hei-

* (11)

Kampf gegen Korruption und Kriminalität

Die in der zweiten Jahreshälfte 1993 ausgerufene Kampagne zur Bekämpfung von Korruption in Partei und Verwaltung trifft nach Aussage des

Ministerpräsidenten Li Peng und des Chefs der KP-Disziplinarkommission Wei Jianxing auf erheblichen Widerstand. Zwar seien in den letzten Monaten Zehntausende von Korruptionsfällen durch die Gerichte behandelt worden, aber in vielen Regionen und Institutionen werde die Kampagne aus eigennützigen Motiven obstruiert. Manche Verwaltungen schätzten die Korruption sogar als notwendiges Übel und als Schmierstoff für das Vorankommen der Wirtschaftsreformen ein. (XNA, 20.12.93; DX, 1993/12, S.14-16; SCMP, 26.11.93)

Im Verlaufe der Anti-Korruptionskampagne sind einige bemerkenswerte Daten über das Ausmaß der Bestechlichkeit bekannt geworden. Allein in Anhui (einer der ärmsten Provinzen Chinas) sollen mehr als 300.000 Partei- und Verwaltungskader (etwa ein Fünftel der Gesamtzahl) in Veruntreuungen staatlicher Gelder oder in Bestechungsskandalen verwickelt sein. Knapp eine Milliarde Yuan ist angeblich aus den Provinzkassen verschwunden. (IHT, 5.1.94)

Nicht nur in Anhui hat sich eine Kultur der Korruption durchgesetzt. Auch aus zahlreichen anderen Provinzen häufen sich Berichte über den äußerst freizügigen Umgang mit öffentlichen Mitteln und privaten Geschenken, der weithin als normaler Bestandteil der Verwaltungsführung verstanden wird. Dutzende von Hinrichtungen sind im Zusammenhang mit Wirtschaftsverbrechen in verschiedenen Regionen vollstreckt worden (vgl. z.B. *Jilin Ribao*, 30.11.93; *Hebei Ribao*, 29.11.93, zit. in: SWB, 15.12.93).

Auch ausländische Geschäftsleute sind von den korrupten Praktiken betroffen. So gaben Unternehmer aus Hong Kong, die in China investiert haben, an, daß 3-5% ihrer Kosten für Geschenke und Bestechungsgelder aufzuwenden seien (*Ming Bao*, 21.8.93). Der Umfrage eines Wirtschaftsberatungunternehmens zufolge rangiert die VR China in Ostasien nach Indonesien an zweiter Stelle, was das Korruptionsrisiko und die damit verbundenen Kosten angeht (C.a., 1993/4, Ü13).

Abhilfe durch die neue Kampagne ist kaum zu erwarten. Seit 1949 sind gemäß offiziellen Dokumentensammlungen weit über hundert Direktiven zur

Korruptionsbekämpfung ergangen. Die Mißstände haben sich jedoch seit Beginn der Wirtschaftsreformen dramatisch verschärft. Der Präsident des Obersten Volksgerichtshof Ren Jianxin, der gleichzeitig die einflußreiche Kommission für Politik und Recht in der Parteizentrale leitet und einer der Köpfe des Staatssicherheits-Establishments ist, rief Ende Dezember die Gerichte des Landes zu drakonischem Durchgreifen gegen jede Form der Korruption auf, da diese den Staat und die soziale Ordnung gefährdete. (XNA, 27.12.93)

Ohne durchgreifende institutionelle Reformen, die den Kern des politischen Systems betreffen (unabhängige Gerichte, freie Medien etc.), ist jedoch kaum eine Eindämmung des Korruptionsproblems zu erwarten.

Neben der Korruption wird die wachsende Kriminalität von der politischen Führung als eine der größten Bedrohungen für den Bestand der politischen Ordnung eingeschätzt. Die Sicherheitsorgane und Gerichte wurden angewiesen, mit eiserner Hand vorzugehen. Hunderte von Hinrichtungen sind in den letzten Monaten in den offiziellen Medien gemeldet worden (zusammenfassend: "Crime and Punishment Report", SWB, 9./15.12.93). Gewaltverbrechen sollen offiziellen Angaben zufolge 1993 um etwa 17% gegenüber dem Vorjahr zugenommen haben, die Kriminalitätsrate sei ansonsten jedoch weitgehend konstant geblieben. Neuere Phänomene wie die wuchernde organisierte Kriminalität (zu den "Triaden" vgl. C.a., 1993/9, 918-940), bewaffnete Angriffe auf die Sicherheitskräfte, Waffenschmuggel und Drogenhandel (es gibt inzwischen über 250.000 registrierte Drogenabhängige in China) werden als besonders besorgniserregend eingeschätzt. (XNA, 13.12.93; SCMP, 9.11.93; NZZ, 30.12.93; ZM, 1993/10, S.23)

Der Volkskongreß der Boom-Provinz Guangdong hat kürzlich das erste Gesetz gegen organisiertes Verbrechen in der VR China verabschiedet. Es räumt der Polizei weitreichende Vollmachten ein, gegen kriminelle Geheimbünde vorzugehen. Diese sind im Begriff, in vielen ländlichen Gebieten Südchinas die Kommunistische Partei als wichtigste Organisation zu verdrängen. Ren Jianxin hat in diesem Zusammenhang die Landbevölkerung dazu aufgerufen,

Bürgerwehren zu gründen, um die Polizei in der Bekämpfung der Kriminalität zu unterstützen. (SCMP, 24.11.93)

Die Verbrechenswelle wird jedoch nicht durch die Machtlosigkeit der Sicherheitsorgane, sondern dadurch ermöglicht, daß diese zum Teil eng mit kriminellen Vereinigungen zusammenarbeiten. In der Provinz Yunnan sollen Verbrecherbanden, Armeeoffiziere und Polizisten florierende "Gemeinschaftsunternehmungen" betreiben, die vor allem mit Drogen und Waffen aus und nach Südostasien handeln. Der innere Verfall des gigantischen Sicherheitsapparates wird zu Recht als existentielle Bedrohung für den Bestand des kommunistischen Regimes begriffen. -hei-

*** (12)
Gesetzgebungspaket**

Der Ständige Ausschuß des VIII. Nationalen Volkskongresses (NVK) plant, in den Jahren 1993 bis 1997 mehr als 150 Gesetze zu verabschieden, um einen "rechtlichen Rahmen für die sozialistische Marktwirtschaft" zu errichten. Die Gesetze werden so unterschiedliche Materien wie Unternehmensformen, Investitionen, Immobilien, Werbung, Devisenkontrolle und soziale Sicherheit zum Gegenstand haben. Nur ein geringer Teil der legislativen Tätigkeit soll den Bereichen Erziehung, Kultur, Gesundheitssystem, Umweltschutz, Strafverfolgung und Schutz der Bürgerrechte gewidmet werden. (XNA, 9.12.93 bzw. 27.10.93) Ob die Gesetze reale Bedeutung gewinnen oder nur auf dem Papier stehen werden, wird sich in der Praxis ihrer Umsetzung und Anwendung erweisen. -hei-

*** (13)
Belastungen für Chinas Arbeiterschaft und die Rolle der Gewerkschaften**

In den chinesischen Staatsbetrieben steht in den nächsten Jahren eine massive Entlassungswelle bevor. Ein Forschungsinstitut des Staatsrats der VR China geht davon aus, daß ein Drittel der etwa 100 Mio. Arbeitsplätze im staatlichen Sektor aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen wegfallen wird. Bis vor kurzem haben viele der unvermeidbaren Entlassungen abgefangen werden können durch Verset-

zung der Angestellten (bei verringertem Gehalt) in neu gegründete Dienstleistungs- oder andere Tochterfirmen. Diese haben sich aber nur zum Teil als profitabel erwiesen, so daß ein Auffangen der Arbeitslosigkeit hierdurch nicht länger möglich sein wird. (AWSJ, 9./13.12.93)

Arbeitsminister Li Boyong sagte im Dezember, daß die Zahl der städtischen Arbeitslosen in den ersten neun Monaten des Jahres 1993 um 850.000 angewachsen sei. Die sich daraus ergebenden sozialen Probleme würden durch die Zuwanderung arbeitsuchender Bauern aus ländlichen Regionen noch verschärft. Nur noch 20% der entlassenen städtischen Arbeiter hätten eine neue Arbeit finden können (in den Vorjahren waren es noch 70%).

Zuverlässige Statistiken über den Stand der Arbeitslosigkeit in China sind nicht erhältlich. Ni Zhifu, der langjährige Vorsitzende des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbundes, soll jedoch davon gesprochen haben, daß landesweit etwa 13 Mio. Arbeiter keinen vollwertigen Arbeitsplatz hätten oder auf eine neue Anstellung warten. 8 Mio. von ihnen lebten am Rande des Existenzminimums. (DX, 1993/11, S.21)

Das zur Zeit bestehende soziale Netz wird der Belastung durch die Arbeitslosigkeit kaum gewachsen sein. Der Verlust der sogenannten "Eisernen Reisschale" (*tiefanwan*: Einkommen und Arbeitsplatz auf Lebenszeit; Wohnung und soziale Sicherung über das Unternehmen) scheint unabwendbar. Die Unzufriedenheiten und Ängste unter Chinas Arbeitern nehmen vor diesem Hintergrund zu, auch wenn viele von ihnen neue Einkommenschancen in der rasant wachsenden städtischen Wirtschaft finden können.

Nach einem internen Bericht des Staatsrates vom 15. Oktober soll es in den ersten neun Monaten des Jahres 1993 landesweit zu insgesamt knapp 400 organisierten Bummelstreiks (*dai-gong*), zu über 200 Streiks (*bagong*) und zu 74 Arbeiterdemonstrationen gekommen sein. (DX, a.a.O.)

Auf dem XII. Gesamtchinesischen Gewerkschaftskongreß, der Ende Oktober 1993 in Peking stattfand, wurde hinter verschlossenen Türen scharfe Kritik an der Vernachlässigung grund-

legender Interessen der Arbeiterschaft und an der Passivität der Gewerkschaftszweige in den Unternehmen geäußert. Die Arbeiter hätten offenbar keine Bedeutung mehr für die politische Führung, ihre berechtigten Forderungen könnten angesichts der Bevorzugung der Unternehmensinteressen nicht mehr angemessen artikuliert und durchgesetzt werden. In vielen Fällen unterbinde die Parteiorganisation vor Ort sogar Beschwerde- und Vermittlungsverfahren, die die lokale Gewerkschaftsorganisation initiiert habe. In über 60% der größeren Unternehmen seien Gewerkschaftsvertreter vollständig aus den Parteikomitees hinausgedrängt worden.

Der scheidende Gewerkschaftsvorsitzende Ni Zhifu räumte auf dem Kongreß ein, daß ein Teil der lokalen Parteiorgane Vorschläge und Beschwerden der Gewerkschaften vernachlässige. Der Einflußverlust der Arbeitervertretungen habe dazu geführt, daß die gewerkschaftliche Organisation in kleineren und mittelgroßen Unternehmen nicht mehr richtig funktioniere. Viele Arbeiter seien von ihren Vertretern enttäuscht und bezahlten nicht einmal mehr die gewerkschaftlichen Beiträge. Ni erwähnte nicht, daß es immer wieder zu spontanen Gründungen unabhängiger Arbeitervertretungen durch die Belegschaften kommt, die als "illegale Vereinigungen" verfolgt und unterdrückt werden.

Der Wechsel an der Spitze des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbundes stand eventuell im Zusammenhang mit den Querelen innerhalb der Gewerkschaftsorganisation. Der seit 1978 in der Führung des Gewerkschaftsbundes tätige ehemalige "Modellarbeiter" Ni Zhifu wurde von dem Politbüromitglied Wei Jianxing an der Spitze des Exekutivkomitees der Organisation abgelöst. Ni war im März 1993 in das Präsidium des Nationalen Volkskongresses aufgerückt und begründete sein Ausscheiden aus der Gewerkschaftsführung mit der Arbeitsbelastung, die mit seiner neuen Aufgabe verbunden sei. (RMRB, 25.10.1993; XNA, 29.10.93; DX, 1993/11, S.20-21; SCMP, 19.10.93; LM, 2.11.93)

Die Führung der Kommunistischen Partei strebt an, die politische Kontrolle der Arbeiterschaft zu verstärken und allen Tendenzen einer organisatorischen Verselbständigung entgegenzu-

treten. Auf dem Gewerkschaftskongreß im Oktober stellte Staatspräsident und Parteichef Jiang Zemin klar, daß es die Aufgabe der Gewerkschaftsvertretungen sei, als "Brücke" zwischen Partei, Regierung und Arbeitern zu fungieren und die Belegschaften für die Reformpläne in den Großunternehmen zu gewinnen. Hu Jintao, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, forderte in seiner Rede die Arbeiter dazu auf, ihre unmittelbaren Eigeninteressen dem langfristigen Interesse an der Wirtschaftsentwicklung unterzuordnen. Er wies den Gewerkschaften die Aufgabe zu, als "wichtige gesellschaftliche Stütze der Staatsgewalt" zu dienen. Nach dem revidierten Gewerkschaftsstatut sollen sich die Arbeitervertretungen auf eine Rolle als "Verbindungsglied und Brücke zwischen der Kommunistischen Partei und den Arbeitermassen" beschränken. (XNA, 24./30.10.93; RMRB, 25.10.93)

Die Gewerkschaft ist bemüht, im Rahmen der ihr von der Parteiführung zugestandenen Möglichkeiten ihren Aufgaben nachzukommen. So schickte der Gesamtchinesische Gewerkschaftsbund Untersuchungskommissionen in die Orte (Shenzhen, Fuzhou und zwei Orte in der Provinz Hebei), in denen während der letzten Monate schwere Brände in Fabriken Hunderte von Todesopfern gefordert hatten. (RMRB, 5./15./29.12.93)

Nach offiziellen Angaben gab es in China 1993 insgesamt mehr als 200 Mio. Arbeiter und Angestellte. Über 90% der ca. 100 Mio. Arbeitnehmer in staatlichen Betrieben seien gewerkschaftlich organisiert. In ländlichen Unternehmen, die inzwischen fast ebenso viele Menschen beschäftigen sollen, sei hingegen nur ein verschwindender Teil der Arbeitnehmer Gewerkschaftsmitglied. Unter den etwa fünf Mio. Arbeitern, die in Unternehmen mit ausländischer Beteiligung arbeiten, soll ebenfalls nur eine sehr geringe Zahl gewerkschaftlich organisiert sein. Die Errichtung von Arbeitervertretungen soll nun aufgrund häufiger Unfälle und Streitigkeiten in solchen Betrieben obligatorisch werden. (AWSJ, 29.10.93) Offiziellen Angaben zufolge gibt es in China zur Zeit etwa 617.000 gewerkschaftliche Basisorganisationen, in denen insgesamt 132,2 Mio. Mitglieder registriert und 18 Mio. Gewerkschaftsaktivisten oder -funktionäre tätig sind. (XNA, 16./28.10.93) -hei-

* (14) Nuklearprogramm

Ende Dezember hat der Präsident der staatlichen Nationalen Nukleargesellschaft Jiang Xinxiong in Peking Pläne zu einem Ausbau der chinesischen Atomindustrie bekanntgegeben. China werde noch in diesem Jahrzehnt mit einem Netz von Atomkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen überzogen, das die internationale Stellung des Landes untermauern werde. Auch das Atomwaffenprogramm (China hat 1964 seine erste Atombombe gezündet) werde ausgebaut und auf den neuesten internationalen Stand gebracht.

Die wichtigste Aufgabe der Elite unter den chinesischen Atomwissenschaftlern werde es sein, Atomkraftwerke mit einer Leistung zwischen 600 und 1200 Megawatt zu konstruieren, die sowohl im Inland als auch ins Ausland verkauft werden sollen. Derzeit stellt China schon kleinere Reaktoren für Iran und Pakistan her. In China ist bisher nur ein im Land selbst entwickeltes Atomkraftwerk am Netz. (FAZ, 29.12.93; AWSJ, 29.12.93)

Premierminister Li Peng wird im Februar den ersten der beiden 900-Megawatt-Reaktoren in der Daya Bay nahe Hongkong in Gang setzen können. Die beiden Kraftwerke wurden mit ausländischer Technologie gebaut. Die Stromproduktion sollte ursprünglich bereits im Herbst 1993 aufgenommen werden. Der Zeitplan scheiterte aber an technischen Mängeln. Das chinesische Nuklearprogramm hat im benachbarten Hongkong aufgrund offenkundiger technischer Unzulänglichkeiten erhebliche Ängste ausgelöst. (AWSJ, 15.12.93) -hei-

Kultur

* (15) China auf dem Bildungsgipfel der neun bevölkerungsreichsten Staaten

Vom 15.-16.12.1993 fand in New Delhi ein Bildungsgipfel der neun bevölkerungsreichsten Länder der Erde statt. Neben China zählten Ägypten, Bangladesh, Brasilien, Indien, Indonesien,

Mexiko, Nigeria und Pakistan zu den Teilnehmern. Von den 1 Mrd. Analphabeten in der Welt stammen 72 Prozent aus diesen neun Ländern. Die Konferenz war von den UN-Organisationen UNESCO, UNICEF und UNFPA (United Nations Fund for Population Activities) organisiert worden. Den UN liegt daran, das "efa" (education for all)-Programm gerade in diesen Ländern voranzutreiben und die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erziehung zu fördern. Ziel der UNESCO ist es, "education for all" weltweit bis zum Jahr 2000 zu verwirklichen. (RMRB, 3.12.93; XNA, 3. u. 9.12.93)

Auf der Konferenz wurde eine Deklaration angenommen, in der alle neun Länder sich verpflichten, die allgemeine Grundschulbildung einzuführen. Sie enthält auch einen eigenen Abschnitt über Frauenbildung, in dem anerkannt wird, daß Bildung für Frauen und Mädchen für sich ein wichtiges Ziel ist und entscheidend zur gesellschaftlichen Entwicklung beiträgt. Ferner sollen Status, Ausbildung und Lebensumstände der Lehrer verbessert und jedem Kind der Schulbesuch ermöglicht werden. Schließlich wird in der Deklaration stärkere internationale finanzielle Unterstützung für die Bildungsprogramme in der neun Staaten gefordert. (XNA, 17.12.93)

In der Gruppe dieser Länder gelten Chinas Erfolge im Kampf gegen das Analphabetentum und bei der Einführung der allgemeinen Schulpflicht als vorbildlich. Von chinesischer Seite wird betont, daß China in den vergangenen vierzig Jahren die Analphabetenrate von 80 auf 16 Prozent haben senken können und heute der Grundschulbesuch bei 91 Prozent der schulpflichtigen Kinder eingeführt sei (XNA, 17.12.93). Angaben des stellvertretenden Erziehungsministers Liu Bin zufolge hat die chinesische Regierung in den vergangenen zehn Jahren 100 Mrd. Yuan in den Bau und die Ausstattung von Schulen investiert. Geldmangel, die hohe Zahl der Schulabbrecher und die unzureichenden Bedingungen für die Lehrer seien allerdings nach wie vor akute Probleme in Chinas Erziehungswesen. (XNA, 7.12.93) Vor allem in den ländlichen Gebieten ist die Situation schwierig. Hier leben 90 Prozent der 180 Mio. Analphabeten; 70 Prozent der Analphabeten sind weiblich. (XNA, 17.12.93)